



Bundesverband e. V.

Wahlprüfsteine der AWO zur Bundestagswahl 2017

Impressum

Herausgeber: AWO Bundesverband e.V.
Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender
Redaktion: Ragnar Hoenig (V.i.S.d.R.)

Layout: textsalz – Linda Kutzki

© AWO Bundesverband (AWO) – Verlag –
Heinrich-Albertz-Haus
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin
E-Mail: verlag@awo.org
<http://www.awo.org>

April 2017

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages oder Herausgebers.
Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt

Vorwort	5
Wahlprüfsteine von A bis Z	6
Arbeitsmarkt	6
Armut und Verteilungsgerechtigkeit	6
Beratung	6
Bildung	7
Bürgerschaftliches Engagement	7
Daseinsvorsorge	7
Europa	8
Familie	8
Frauen	8
Gesundheit	8
Kinder- und Jugendhilfe	9
Menschen mit Behinderungen	9
Menschen unterschiedlicher Geschlechtsidentität	10
Migration	10
Pflege	10
Rassismus	11
Rente	11
Wohnen	11



Vorwort

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gehört zu den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Aufgrund ihrer Geschichte und ihres gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses ist die AWO ein Wohlfahrtsverband mit besonderer Prägung. Auf Grundlage ihrer unverrückbaren Grundwerte von Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hat sie seit ihrer Gründung im Jahr 1919 jene Menschen im Blick, die aus unterschiedlichen Gründen zu den sozial benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft gehören.

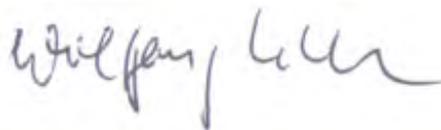
Der 18. Deutsche Bundestag hat in der Zeit von 2013 bis 2017 viele soziale Verbesserungen in Deutschland erreicht, wie zum Beispiel das Rentenpaket, der gesetzliche Mindestlohn, die Familienpflegezeit. Gleichwohl steht der 19. Deutsche Bundestag, der am 24. September 2017 gewählt werden wird, vor großen Herausforderungen. Zwar haben das Beschäftigungsniveau und die Steuereinnahmen in Deutschland wegen der guten Konjunktur einen Rekordstand erreicht. Viele Menschen in diesem Land profitieren aber nicht ausreichend von diesen positiven Rahmenbedingungen.

Vor diesem Hintergrund muss der neue Deutsche Bundestag weiter sozial gestaltend tätig sein. Im Mittelpunkt der nächsten Legislaturperiode müssen weitere soziale Verbesserungen für die Menschen in Deutschland stehen, damit die zunehmende soziale und politische Spaltung überwunden und der spürbaren Verunsicherung entgegengewirkt werden kann. Hierzu hat die AWO Positionen zur Bundestagswahl 2017 verabschiedet und ihre zentralen Forderungen in den nachfolgenden 31 Fragen an die Parteien und Kandidat*innen für den 19. Deutschen Bundestag zusammengefasst. Zur besseren Orientierung sind die Forderungen alphabetisch nach Arbeitsfeldern sortiert und angeordnet.

Berlin, im April 2017



Wilhelm Schmidt
Vorsitzender des Präsidiums



Wolfgang Stadler
Vorsitzender des Vorstands

Wahlprüfsteine von A bis Z

Arbeitsmarkt

| Attraktivität Sozialer Berufe

Um soziale Dienstleistungen von hoher Qualität erbringen zu können, werden gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte benötigt. Die sozialen Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, sind jedoch durch eine geringe Entlohnung, ungünstige Arbeitsbedingungen, begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten und wenig gesellschaftliche Anerkennung gekennzeichnet.

Frage: Was sind die Vorschläge Ihrer Partei zur Steigerung der Attraktivität sozialer Berufe? Wie steht Ihre Partei zu dem Vorschlag der AWO eines allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag Soziales?

| Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen

Trotz der guten Lage am Arbeitsmarkt gibt es in Deutschland rund 200.000 Menschen, die seit mehr als fünf Jahren langzeitarbeitslos sind. Diese Menschen dürfen nicht abgeschrieben werden, sondern müssen eine echte Chance zur Teilhabe an unserer Gesellschaft erhalten.

Frage: Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der AWO nach einem sozialen Arbeitsmarkt, der langzeitarbeitslosen Menschen ohne Jobperspektive einen niedrighwelligen Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen und durch eine Verbindung der passiven und aktiven Eingliederungsmittel finanziert (Passiv-Aktiv-Transfer) werden soll?

| Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten

Viele Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Not nach Deutschland geflohen sind, werden auf unbestimmte Zeit bleiben. Sie müssen dazu befähigt werden, selbst für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu sorgen. Anderenfalls sind neue Armutskarrieren vorprogrammiert.

Frage: Wird sich Ihre Partei dafür stark machen, dass geflüchtete Menschen mit den vorhandenen Regelinstrumenten frühzeitig und nachhaltig qualifiziert werden, damit sie schnell in unseren Arbeitsmarkt integriert werden können?

Armut und Verteilungsgerechtigkeit

| Bekämpfung von Armut und Schaffung von Verteilungsgerechtigkeit

Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat gezeigt, dass die soziale Spaltung trotz der soliden Konjunktur und der guten Lage am Arbeitsmarkt weiter zugenommen hat. Armut und soziale Ausgrenzung sind längst keine Randphänomene mehr, sondern bedrohen zunehmend auch die Mitte unserer Gesellschaft.

Frage: Was schlägt Ihre Partei vor, damit unser Sozialstaat Armut wirksamer verhindern und mehr Verteilungsgerechtigkeit schaffen kann? Wird sich Ihre Partei für eine höhere Besteuerung von Einkommens- und Vermögensreichtum stark machen?

Beratung

| Beratung für verletzte Gruppen

Ein wesentlicher Stützpfiler unseres Sozialstaates ist die Vielfalt an niedrighwelligen und qualitativ hochwertigen Beratungsangeboten, unter anderem für Frauen und Familien, kurbedürftige Mütter und Väter, alte und behinderte Menschen, sucht- und krebserkrankte Menschen, Migrant*innen sowie arbeitslose und verschuldete Menschen.

Frage: Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Finanzierung eines quantitativ und qualitativ hochwertigen Beratungsangebots auch künftig sichergestellt und neue Beratungsangebote, wie z. B. Online-Beratungen, geschaffen werden können?

Bildung

| Lockerung des Kooperationsverbots

In unserem föderalen Staatssystem liegt die Bildungspolitik in erster Linie bei den Bundesländern. Gleichwohl steht fest, dass die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen weiter verbessert werden muss, wenn Bildungsstrategien und Leitlinien auch länderübergreifend umgesetzt werden sollen.

Frage: Teilt Ihre Partei die Forderung der AWO, dass das grundgesetzliche Kooperationsverbot weiter gelockert werden muss?

Bürgerschaftliches Engagement

| Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement braucht gute Rahmenbedingungen, vor allem in Form von Ansprechpersonen, die Engagierte beraten und vermitteln, neue Engagementmöglichkeiten entwickeln und Qualifizierungen organisieren.

Frage: Was hält Ihre Partei von der Forderung der AWO, dass die Infrastrukturangebote, wie etwa Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser und ähnliches, bundesweit ausgebaut und eine angemessene Finanzierung sichergestellt werden müssen?

| Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement hat bei der Integration der in den Jahren 2014/15 zu uns geflüchteten Menschen eine große Bedeutung. Das Patenschaftsprogramm für Geflüchtete des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist ein gutes Beispiel, wie Bürgerschaftliches Engagement in einer Einwanderungsgesellschaft funktionieren kann.

Frage: Teilt Ihre Partei die Auffassung der AWO, dass die interkulturelle Organisations- und Personalent-

wicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Einbindung von Migrantenorganisationen stärker gefördert werden muss? Wird sich Ihre Partei für die Fortführung und den Ausbau des Patenschaftsprogramms?

| Staatliche Steuerung in den Freiwilligendiensten

Die Freiwilligendienste in Deutschland zeichnen sich vor allem durch die Vielfalt der Angebote und Anbieter aus.

Frage: Wird sich Ihre Partei für eine Reduzierung der staatlichen Steuerung der Freiwilligendienste einsetzen und den Trägern des Bundesfreiwilligendienstes z. B. die Durchführung der politischen Bildung in Eigenregie ermöglichen? Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der AWO, dass die zentrale Rolle der Träger bei der Durchführung und Qualitätssicherung des Bundesfreiwilligendienstes gesetzlich verankert werden muss?

Daseinsvorsorge

| Daseinsvorsorge

Die Freie Wohlfahrtspflege erbringt ihre Dienstleistungen flächendeckend, gemeinwohl- und nicht profitorientiert. Angesichts knapper Finanzmittel sind den letzten Jahren die Investitionen in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge zurückgefahren worden. Zugleich haben sich die steuer- und beihilferechtlichen Rahmenbedingungen für die Freie Wohlfahrt verschärft.

Frage: Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass wieder mehr in die sozialstaatliche Infrastruktur investiert und dabei das Subsidiaritätsprinzip gestärkt wird? Wird sich Ihre Partei dafür stark machen, dass die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege nicht durch eine Verschlechterung der steuer- und beihilferechtlichen Rahmenbedingungen gefährdet wird?

Europa

| Demokratisches und soziales Europa

Der Brexit hat auf schmerzliche Weise gezeigt, dass viele Menschen das Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen verloren haben.

Frage: *Ist Ihre Partei mit der AWO der Meinung, dass sich die EU nicht alleine auf eine Wirtschafts- und Währungsunion beschränken darf, sondern das soziale Europa gestärkt werden muss? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU bürgernäher und demokratischer ausgestaltet wird, z. B. durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments?*

Familie

| Monetäre Familienleistungen

Seit vielen Jahren wird die Wirksamkeit unseres Systems der monetären Familienleistungen in Frage gestellt.

Frage: *Teilt Ihre Partei die Auffassung der AWO, dass unser System der monetären Familienleistungen zu einem zusammenhängenden, am Lebenslauf orientierten und der Lebenswirklichkeit der heutigen Familien ausgerichteten Gesamtsystem weiterentwickelt und durch gute infrastrukturelle und zeitpolitische Rahmenbedingungen flankiert werden muss? Was will Ihre Partei unternehmen, um die Situation Alleinerziehender zu verbessern?*

| Reform des Adoptionsrecht

Viele Studien belegen, dass lesbische, schwule, trans*- und inter*geschlechtliche Paare genauso gute Eltern sind wie heterosexuelle Paare.

Frage: *Wird sich Ihre Partei für eine vollständige rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien in allen Bereichen einsetzen und z. B. auch das Adoptionsverbot für gleichgeschlechtliche Paare aufheben?*

Frauen

| Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt

Körperliche, sexualisierte oder psychische Gewalt ist nach wie vor für viele Frauen in Deutschland alltägliche Realität.

Frage: *Wird Ihre Partei für einen Rechtsanspruch eintreten, der Frauen und ihren Kindern unabhängig von Einkommen, Aufenthaltsstatus, Herkunft, gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen einen umfassenden und bedarfsgerechten Schutz und Hilfe bei Gewalt gewährt und der durch eine verlässliche Finanzierung der Hilfsstrukturen flankiert wird? Was will Ihre Partei tun, damit die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Deutschland zügig umgesetzt wird?*

| Umfassende Lohngerechtigkeit

Immer noch erhalten Frauen in Deutschland durchschnittlich etwa 21 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen.

Frage: *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es eine sozialversicherungspflichtige Absicherung aller Arbeitsverhältnisse und einen Abbau von rechtlichen Vorgaben geben wird, die für die traditionelle Rollenverteilung verantwortlich sind? Wird sich Ihre Partei zudem dafür stark machen, dass es ein Auskunftsrecht auch für Betriebe unterhalb von 200 Mitarbeiter*innen sowie ein entsprechendes Verbandsklagerecht geben wird?*

Gesundheit

| Bürgerversicherung

Eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung kann nur gewährleistet werden, wenn die Kranken- und Pflegeversicherung alle notwendigen Leistungen gewähren und finanziell auf soliden Füßen stehen.

Frage: *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Kranken- und Pflegeversicherung zu Bürgerversiche-*

nungssystemen weiterentwickelt werden, in der eine paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen erfolgt, in die alle Bürger*innen einbezogen, alle Einkommensarten verbeitragt und die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben wird? Was schlägt anderenfalls Ihre Partei vor, um das Gesundheitssystem zukunftssicher und stabil aufzustellen und Gerechtigkeitsdefizite zwischen einkommensschwachen und einkommensstarken sowie kranken und gesunden Menschen auszugleichen?

| Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum/gesundheitliche Ungleichheit

Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und gesundheitlicher Ungleichheit stellen zentrale Herausforderungen unseres Gesundheitssystems dar.

Frage: Was schlägt Ihre Partei vor, damit auch im ländlichen Raum eine ausreichende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sichergestellt ist? Wie steht Ihre Partei zu der diesbezüglichen Forderung der AWO, die Kommunen in ihrer Steuerungs- und Strukturverantwortung zu stärken? Teilt Ihre Partei die Auffassung der AWO, dass benachteiligte Menschen einen besseren Zugang zu Gesundheitsleistungen haben müssen und bestimmte, aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung gestrichene Leistungen wieder in den Leistungskatalog aufgenommen werden müssen?

| Regulierte Abgabe von Cannabis

Seit einigen Jahren wird über eine freizügigere Cannabispolitik diskutiert. Befürworter*innen einer regulierten Abgabe von Cannabis meinen, die derzeitige Verbotspraxis schaffe insgesamt mehr Probleme für Einzelne und Kosten für die Allgemeinheit, als sie die Probleme löst.

Frage: Wird sich Ihre Partei wie von der AWO gefordert für eine regulierte Abgabe von Cannabis an Volljährige durch lizenzierte Abgabestellen stark machen, die bei der Abgabe Hinweise zum risikoarmen Konsum geben und in einer verantwortungsvoller Weise über die Produkte beraten müssen?

Kinder- und Jugendhilfe

| Reform des SGB VIII

Es ist unbestritten, dass die im SGB VIII gesetzlich verankerte Kinder- und Jugendhilfe umfassend reformiert werden muss.

Frage: Wird sich Ihre Partei für eine Reform des SGB VIII unter Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege einsetzen, mit der die Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII zur vorrangigen und zentralen Leistung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen erklärt wird und die Rechtsansprüche auf Hilfen zur Erziehung und den gleichzeitigen Ausbau barrierefreier, niedrigschwelliger und infrastruktureller Angebote bestehen bleiben?

| Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten

Obwohl der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für unter Dreijährige schon seit dem 1. August 2013 in Kraft ist, übersteigt der Bedarf an Betreuungsangeboten immer noch das Angebot.

Frage: Teilt Ihre Partei die Forderung der AWO nach einem weiteren quantitativen Ausbau der Betreuungseinrichtungen und einer dauerhaften Kostenbeteiligung des Bundes? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass auch der qualitative Ausbau der Betreuungsangebote länderübergreifend und verbindlich für alle Träger in einem Bundesqualitätsgesetz festgelegt wird?

Menschen mit Behinderungen

| Wahlrechtsausschlüsse

Trotz UN-Behindertenrechtskonvention sind zwei Gruppen von Menschen mit Behinderungen nach dem Bundeswahlgesetz immer noch vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen.

Frage: Wird sich Ihre Partei für eine ersatzlose Streichung der beiden Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderungen stark machen?

| Inklusiver Arbeitsmarkt

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention hat Deutschland das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit anerkannt. Trotzdem werden Leistungen zur Teilhabe an Arbeit von einem „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ abhängig gemacht.

Frage: *Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der AWO nach ersatzloser Streichung des „Mindestmaßes wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“? Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, damit sinnvolle und integrative Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden?*

| Barrierefreiheit

Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen.

Frage: *Wird sich Ihre Partei für verbindliche Regelungen zur Herstellung von Barrierefreiheit für Anbieter von privaten Gütern und Dienstleistungen und entsprechende Förderprogramme stark machen?*

Menschen unterschiedlicher Geschlechtsidentität

| Recht auf Selbstbestimmung der Geschlechtsidentität

Obwohl das Recht auf Selbstbestimmung der Geschlechtsidentität grund- und menschenrechtlich verbrieft ist, basiert unsere Gesellschaft immer noch auf einem Verständnis der Zweigeschlechtlichkeit.

Frage: *Teilt Ihre Partei die Auffassung der AWO, dass das Recht auf selbstbestimmte Geschlechtsidentität besser geschützt werden muss, etwa durch eine Reform des Personenstands- und Namensrechts, ein Verbot von geschlechtszuweisenden Eingriffen bei körperlich gesunden Kindern, die Einrichtung eines entsprechenden Entschädigungsfonds für betroffene Inter*Menschen? Wird sich Ihre Partei für einen Nationalen Aktionsplan gegen Trans*-, Bi-, Inter*- und Homophobie einsetzen?*

Migration

| Familienzusammenführung

Der Schutz der Familie ist nicht nur im Grundgesetz, sondern auch auf europa- und völkerrechtlicher Ebene verbrieft. Trotzdem wird das Recht auf Familienleben von subsidiär geschützten geflüchteten Menschen in ungerechtfertigter Weise eingeschränkt.

Frage: *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Familiennachzug unabhängig vom Aufenthaltsstatus gilt?*

Pflege

| Personalbemessung

Die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs setzt genügend gut finanziertes Pflegepersonal voraus. Die regional unterschiedliche, aber überall defizitäre Personalausstattung stellt die Pflege aber schon seit langem vor große Herausforderungen und geht zu Lasten der pflegebedürftigen Menschen.

Frage: *Ist Ihre Partei mit der AWO der Meinung, dass wir mehr Fachkräfte in der Pflege brauchen? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass dieses mehr an Fachkräften ausreichend refinanziert und nicht zu Lasten der Bewohner*innen gehen wird?*

| Finanzierung einer guten Pflege

Eine sachgerechte Finanzierung der Pflege ist in vielen Bereichen nicht sichergestellt. Insbesondere die medizinische Behandlungspflege und die palliative Versorgung werden in der stationären Pflege nicht refinanziert. Die fehlende regelmäßige Dynamisierung der Leistungen der Pflegeversicherung führen dazu, dass der Eigenanteil der Bewohner*innen stationärer Einrichtungen stetig steigt.

Frage: *Wird sich Ihre Partei für eine bessere Finanzierung der Pflege einsetzen? Wie steht Ihre Partei zu den Forderungen der AWO, dass die medizinische Behandlungspflege und die Palliativversorgung in stationären Einrichtungen besser refinanziert und die Leistungen der Pflegeversicherung regelmäßig*

dynamisiert werden müssen? Wäre Ihre Partei bereit, den Pflegevorsorgefonds wieder aufzulösen und das Geld für Leistungsverbesserungen in der Pflege zu verwenden?

| Pflegeberatung

Die Pflegeversicherten haben einen gesetzlichen Anspruch auf Beratung.

Frage: *Unterstützt Ihre Partei die Forderung der AWO, den gesetzlichen Beratungsanspruch durch Einführung eines Beratungsgutscheins in die Hand der Versicherten selbst zu geben?*

Rassismus

| Rassismus

In ihrem Nationalen Aktionsplan (NAP) macht Bundesregierung deutlich, dass die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz zu den grundlegendsten und vornehmsten Aufgaben von Staat und Gesellschaft gehört.

Frage: *Teilt Ihre Partei die Auffassung der AWO, dass der NAP zügig umgesetzt und die hierin beschriebenen Aufgaben ausreichend finanziert werden müssen? Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der AWO, dass die im NSU-Untersuchungsausschuss vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung „unbewusster Vorurteilsstrukturen“ in Polizei, Justiz und weiteren Behörden konsequent umgesetzt werden müssen?*

Rente

| Altersarmut und Rentenniveau

Altersarmut wird in den kommenden Jahren steigen, weil die Lücken in den Erwerbsbiographien der Versicherten etwa durch prekäre Beschäftigungsformen, Niedriglohn oder Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren größer geworden sind. Hinzu kommt, dass das Rentenniveau seit dem Jahr 2001 bereits um rund zehn Prozent gesunken ist und die Versorgungslücke durch die Betriebsrente oder Privatvorsorge nicht ausgeglichen werden kann.

Frage: *Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Altersarmut nicht weiter steigt? Wird sich Ihre Partei für eine Verbesserung des Rentenniveaus einsetzen?*

Wohnen

| Bezahlbaren Wohnraum

Für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung ist der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum mit guter infrastruktureller Anbindung schwierig.

Frage: *Was wird Ihre Partei unternehmen damit sich die Lage am Wohnungsmarkt entspannt und ein ausreichendes Angebot von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung steht? Welche Verantwortung muss der Bund hierbei übernehmen?*

Schlussbemerkungen

Das Positionspapier der AWO zur Bundestagswahl 2017 und die vorliegenden Wahlprüfsteine finden Sie auch im Internet unter <http://www.awo.org>. Die AWO wird diese Wahlprüfsteine an alle im aktuellen Bundestag vertretenen Parteien schicken und um Beantwortung der Fragen bitten. Die Antworten der Parteien werden dann für die AWO-Mitglieder und Interessierte veröffentlicht, damit sie sich ein Bild darüber machen können, welche Partei ihre sozialen Interessen am besten unterstützt.

